

Vortrag, 23. September 2002

**"Für eine Erneuerung der Kreislaufwirtschaft bei Verpackungen -  
Aufgaben für Handel und Industrie"**

Vortrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Erich Greipl, Geschäftsführer der METRO Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG, anlässlich des Orientierungstags 2002 der Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt e. V. (AGVU)

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Wirtschaftskreis steht vor den weitreichendsten Entscheidungen seit Einführung der Verpackungsverordnung im Jahr 1991.

Die zurückliegende Legislaturperiode war eine Phase zunehmender Konflikte mit Politik und Behörden. Dabei hat sich unser Wirtschaftskreis zweifellos gut geschlagen. Wir haben staatliche Eingriffe in unsere Märkte und Strukturen gemeinsam erfolgreich abgewehrt. Die Unternehmen haben dadurch - bislang wenigstens - drohende Belastungen in Milliardenhöhe verhindern können. Viele Teilnehmer unserer heutigen Versammlung haben dazu beigetragen. **Ihnen allen gilt mein ausdrücklicher Dank.**

Wir haben **innovative Konzepte der Interessenvertretung** erprobt, die teilweise erstmals in Deutschland eingesetzt wurden. Im Zuge dessen haben wir begonnen, unsere Organisationen und Gremien neu auszurichten. Die betuliche Verbändekultur des 20. Jahrhunderts liegt hinter uns. **Das Gesicht unserer Branche hat sich über den Verpackungsbereich hinaus verändert.** Insbesondere **Handel und Ernährungsindustrie** werden heute von der Politik und Öffentlichkeit stärker als je zuvor als **ernstzunehmende Gruppierung** wahrgenommen, die sich erforderlichenfalls ihrer Haut zu wehren weiss. Damit sind wir dem Ziel näher gekommen, ein **politisches Gewicht** zu gewinnen, das unserem Beitrag zur Wirtschaftsleistung des Landes entspricht.

Gleichwohl ist offenkundig, dass wir die **Auseinandersetzung** um Verpackungen **nicht** in den Formen der letzten Jahre fortsetzen und **weiter zuspitzen** können. Wir brauchen dringend einen **neuen Konsens**, damit die Unternehmen wieder **Planungssicherheit** haben. Wir wollen die **Rückkehr zu einem partnerschaftlichen Umgang mit Politik und Behörden**. Die Bundestagswahl bildet eine **Zäsur**, die genutzt werden muss, um nun die bestehenden **Hauptstreitpunkte** zügig **abzuräumen**. Dies gilt besonders für die **Themen Kartellverfahren und Zwangspfand**.

Dass die deutsche Verpackungsverordnung in wichtigen Punkten **nicht mehr** heutigen **Anforderungen genügt**, hat Herr Dr. Tag bereits in seinem Vortrag deutlich gemacht. Industrie und Handel sind sich über die **Eckpunkte** einer möglichen **Weiterentwicklung der Verordnung** einig. Wir sind damit in der erfreulichen Lage, mit einer von weiten Teilen der Wirtschaft **getragenen Grundposition in die neue Legislaturperiode** zu starten. Der von Herrn Dr. Tag vorgetragene Appell an den Verordnungsgeber wird von allen relevanten Verbänden unterstützt, natürlich auch von uns. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Deshalb möchte ich mich einer anderen Frage zuwenden, der wir jenseits unserer Forderungen, Erwartungen und Wünsche an die Politik nicht länger aus dem Weg gehen dürfen.

Es ist dies die Frage, was wir als **Wirtschaft selbst ändern** müssen.

**Vor mehr als 12 Jahren** hat der hier versammelte Kreis der AGVU die Weichen für den **Aufbau der flächendeckenden, verbrauchernahen Sammlung von Verkaufsverpackungen** gestellt. Unser Hauptanliegen war, eine die Umweltpolitik und die Verbraucher **überzeugende, dauerhafte Lösung für Verkaufsverpackungen** zu schaffen. Eine alle Beteiligten **belastende Rücknahme von Verpackungsabfällen in den Verkaufsstellen des Handels** sollte **abgewendet** werden. Durch ein strukturiertes **Finanzierungssystem** sollte eine **faire und geordnete Lastenteilung** zwischen den Marktpartnern sichergestellt werden.

Diese **Ziele** haben wir **erreicht**. Sie sind **unverändert gültig**. **Jedoch** haben sich die **öffentlichen Anschauungen gewandelt**. War beispielsweise der **Umweltschutz** vor einer Dekade Rechtfertigungsgrund für beliebig hohe Aufwendungen und Anforderungen, so steht mittlerweile offensichtlich der **Wettbewerb zwischen Systemen in der Zielhierarchie** ganz oben. Wollten

die Kommunen vor 10 Jahren nichts mehr mit gebrauchten Verpackungen zu tun haben, ringen sie heute mit der privaten Entsorgungswirtschaft um jede Tonne Abfall.

Diese **Veränderungen** müssen wir **aufgreifen**. Sie schaffen **nicht nur Risiken**, **sondern** bieten auch **strategische Chancen**. Für **unser eigenes Zukunftsprogramm** brauchen wir nicht auf den Verordnungsgeber oder auf Behördenentscheidungen zu warten.

Lassen Sie mich dies in **5 Thesenblöcken** verdeutlichen:

### **(1.) Positionierung des Dualen Systems**

Die **Verwertungsvorgaben der Verpackungsverordnung** und der demnächst novellierten Europäischen Verpackungsrichtlinie sind **ohne flächendeckende haushaltsnahe Sammlung** der Verpackungen objektiv **unerreichbar**. Das weiß auch das Bundeskartellamt. Deswegen sind die wettbewerbsrechtlichen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Dualen Systems im Kern ein **Stellvertreterkrieg zwischen Wettbewerbs- und Umweltbehörden**. Gerade in diesem Zusammenhang wird es interessant sein zu sehen, ob und wie sich das Wahlergebnis auf die Gewichte auswirkt.

Dennoch fragt sich, was dazu geführt hat, dass die von der Wirtschaft angebotene Lösung in dieser Form zwischen die Fronten geraten ist. Die jüngste **Berichterstattung in den Medien** liefert dazu wichtige Hinweise. Das **Duale System** wird durchgängig **nicht mehr als Selbsthilfeeinrichtung** von Industrie und Handel **wahrgenommen, sondern als monopolistischer Großkonzern**, der den deutschen Entsorgungsmarkt beherrscht. Dass eine Clearingorganisation mit 300 Mitarbeitern und einem Anteil von vielleicht 10 Prozent am Markt für hausmüllartige Abfälle nicht annähernd in einer Reihe mit Telekom, Post und Bahn steht und von "Marktbeherrschung" weit entfernt ist, nimmt anscheinend niemand mehr wahr.

Wie ist es so weit gekommen? Darauf gibt es, wie so oft, ein Bündel von Antworten. Die vor Jahren erfolgte **Änderung der Rechtsform des Dualen Systems** in eine Aktiengesellschaft war aus heutiger Sicht ein Fehler, weil mit einer AG stets Größe und Gewinnstreben assoziiert werden. **Auftritt und**

**Erscheinungsbild** des Dualen Systems müssen in dieser Hinsicht insgesamt konsequent und vorbehaltlos **auf den Prüfstand**. Es muss wieder durch sämtliche Programme, Aktivitäten und Auftritte deutlich werden, dass es sich nicht um ein Unternehmen aus eigenem Recht, sondern um eine **Einrichtung der von der Verpackungsverordnung verpflichteten Wirtschaft** handelt, um **unser gemeinsames Haus**.

Zu diesem Bild gehört auch die **Rolle der Entsorgungswirtschaft**. Ich sehe die Entsorgungswirtschaft als unseren essentiellen Partner und Kompetenzträger bei der Umsetzung der Kreislaufwirtschaft. Sie hat uns in schweren Zeiten geholfen, unser System lebens- und funktionsfähig zu halten. Die Repräsentanten der Entsorgungswirtschaft werden uns deshalb auch künftig stets hochwillkommene und geschätzte Partner sein. Zum Wesen einer guten und offenen Partnerschaft gehört allerdings auch, dass man sich auf veränderte Rahmenbedingungen einstellt und dabei auch den Organisationsstatus der Partnerschaft überprüft, um den Kern und das Ziel der Partnerschaft nicht zu gefährden. Dies müssen wir insbesondere auch bei der Besetzung des Aufsichtsrats des Dualen Systems beherzigen, um Positionierungen von Argwohn und Interessenkonflikt frei zu halten.

Den wohl **größten Beitrag zu dem verzerrten Bild** des Dualen Systems haben allerdings **Handel und Industrie selbst zu verantworten**. Es sind Vertreter aus unseren eigenen Reihen, die eine Kultur des Nörgelns an der von der Wirtschaft selbst geschaffenen Lösung pflegen und Rückschläge mit Schadenfreude begleiten, statt in den dafür gegebenen Gremien konstruktiv an der Zukunftsgestaltung mitzuwirken. Diese Quertreiberei hat maßgeblich dazu beigetragen, **in der Öffentlichkeit das Bild eines Grabens zwischen "dem DSD" und den Interessen der Unternehmen** entstehen zu lassen. Wichtige Initiativen zur Weiterentwicklung sind auf diese Weise stecken geblieben, aber auch alternative tragfähige Lösungen zu den Kritisierten sind bisher von niemandem aufgezeigt worden. Ich sage dazu mit aller **Eindringlichkeit: Einen solchen Luxus können wir uns nicht länger leisten**, wenn wir nicht alsbald vor einem gewaltigen Scherbenhaufen stehen wollen.

Vor allem die **Mitarbeiter des Dualen Systems müssen wissen**, dass **Handel und Industrie hinter ihnen stehen**, wenn sie sich den vor uns liegenden, schwierigen Aufgaben stellen. Ganz gewiss ist es nicht leicht, eine Einrichtung zu vertreten, die selbst aus dem eigenen Gesellschafterkreis beständig kritisiert und in ihrer Existenz in Frage gestellt wird. **Eine solche Situation fördert nicht Dialogfähigkeit, sondern Wagenburgmentalität und Verselbständigung.** Deswegen möchte ich heute, auch im Namen meiner Kollegen, mit Nachdruck feststellen: **Im Dualen System wurde in der Vergangenheit auf allen Ebenen Herausragendes geleistet.** Es wurden **prägende Maßstäbe** gesetzt. Dafür sind wir **große Anerkennung schuldig.** Mehr noch - wir müssen deutlich machen, dass das **Duale System und seine Mitarbeiter ein Teil unserer Strukturen sind**, für die wir Verantwortung tragen und für die wir eintreten.

## **(2.) Haushaltsnahe Sammlung**

Bis vor wenigen Wochen war ich der Auffassung, dass durch die von der Europäischen Kommission zu Recht geforderte **Ausschreibung der Leistungsverträge des Dualen Systems ein Quantensprung an Transparenz und Stabilität** erreicht werden kann. Die **Diskussion über die kartellrechtliche Freistellung** hat allerdings **Zweifel aufkommen lassen.**

Möglicherweise brauchen wir einen **radikaleren Ansatz**, der **über eine wettbewerbliche Vergabe der bisherigen Leistungen hinausreicht.** Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die lokalen Bedürfnisse teilweise stark verändert haben und vielfältiger geworden sind.

Es gibt beispielsweise Kommunen, die eine stärkere Mitnutzung ihrer Anlagen zur energetischen Abfallverwertung und dafür eine Änderung des Sammelprofils von Verpackungen begrüßen würden. Auf der anderen Seite wird zunehmend der Wunsch von Städten und Gemeinden an uns herangetragen, sie bei Maßnahmen gegen die Verschmutzung des öffentlichen Raums an den Hauptanfallstellen von entleerten Verpackungen zu unterstützen. Solange unsere Gesamtaufwendungen für Verpackungen gegenüber dem Status quo nicht steigen, sondern vielleicht sogar Kostensenkungspotenziale erschlossen werden, sollten wir uns **mit solchen Vorschlägen unvoreingenommen und ergebnisoffen befassen.** Dafür bedarf

es meines Erachtens keiner Änderung der Verpackungsverordnung, sondern nur einer **flexibleren Anwendung in der Praxis**.

Zusammen mit der notwendigen wettbewerblichen Neuvergabe der Verträge des Dualen Systems sollte daher **zugleich ein Menü an Gestaltungsoptionen für eine Anpassung an die örtliche Situation** unter vertraglicher Federführung des DSD angeboten werden. In der Summe darf dies nicht zu Kostenerhöhungen führen, denn eine Anhebung des ‚Grüne Punkt‘-Entgelts ist für die gesamte beteiligte Wirtschaft absolut inakzeptabel. Ich meine aber, dass wir **innerhalb eines gesetzten rechtlichen und finanziellen Rahmens ein höheres Maß an Wahlfreiheit und Eigenverantwortung auf lokaler Ebene** ermöglichen sollten. Hierdurch können wir nicht nur die **politische Akzeptanz und die Verbrauchernähe verbessern**, sondern auch den **Eindruck eines zentralistisch agierenden Systems abbauen**.

Zur **Änderung des Erscheinungsbildes des Systems** gehört nach meinem Dafürhalten auch, bestehende **Rechtsstreitigkeiten** nach Möglichkeit rasch **zu einem Settlement zu führen**. Handel und Industrie müssen dafür die Umweltbehörden in die Pflicht nehmen, selbst für die Einhaltung ihrer Verpackungsverordnung zu sorgen, statt diese Last einer Selbsthilfeorganisation der Wirtschaft aufzubürden.

Die Summe aller kurzfristig möglichen Einzelmaßnahmen wird nach meiner Überzeugung wesentlich dazu beitragen, dass das daraus hervorgehende **neue Duale System** die gegenwärtigen wettbewerbsrechtlichen Herausforderungen überwindet. Natürlich brauchen wir dabei mindestens in gleichem Maße die **Einsicht und Unterstützung der Politik**.

**Einen Systembetrieb auf Abruf wollen wir weder uns noch den Verbrauchern, den Entsorgern und den Kommunen zumuten**. Vielmehr erwarten wir, dass **bis Anfang 2003 eine langfristig tragfähige und Rechtssicherheit gewährende Lösung** gefunden ist. Dazu müssen wir jetzt unseren Beitrag leisten.

### **(3.) Selbstentsorger**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

den Handelsunternehmen ist im Laufe der Geschichte und vieler funktionaler Fehldeutungen schon vieles nachgesagt worden. Niemals ist den Händlern jedoch vorgeworfen worden, sie würden durch übertriebene "Großzügigkeit" beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen absichtlich ihr Geld verschwenden. Es ist daher schon bemerkenswert, dass eine Bundesbehörde offenbar der Überzeugung ist, sie müsste uns zu preiswerteren Lösungen für die Entsorgung unserer Verpackungen zwingen.

**Selbstentsorgerlösungen für Verpackungen sind sinnvoll**, wo die von der Verpackungsverordnung vorgeschriebenen Quoten durch Rücknahme von Verpackungen an ihrer Verkaufsstelle besser erfüllt werden können als durch eine kollektive Lösung. Die METRO unterhält beispielsweise zu diesem Zweck seit Jahren ein erfolgreiches eigenes Dienstleistungsunternehmen, ohne daraus ein öffentliches Spektakel zu machen.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Es gibt auch aus unserer Sicht **ohne Zweifel ökonomisch vorteilhafte Selbstentsorgerlösungen**, und wir **unterstützen ihre Entwicklung sowohl im Bereich von Transport- als auch von Verkaufsverpackungen**.

Allerdings sind wir **entschieden gegen Abkassiermodelle**, die darauf beruhen, die selbst in Verkehr gebrachten Verpackungen auf Kosten anderer Marktbeteiligter zu entsorgen. Die Abwälzung eigener Kosten auf die Konkurrenz ist nicht nur betriebswirtschaftlich fragwürdig, sondern auch ohne jeden gesamtwirtschaftlichen Wert und ohne jeden wettbewerblichen Innovationsimpuls.

**Sich von solchen Geschäften fernzuhalten** und einer Effizienzverzerrung durch solche Konzepte **nicht Vorschub zu leisten, muss** im Rahmen der Vertragsfreiheit **erlaubt sein - dem Handel ebenso wie seinen Lieferanten**.

Aus Bereichen, in denen individuelle Entsorgungslösungen möglich sind und vom Markt angeboten werden, kann und soll sich **das Duale System ganz zurückziehen**. Dies betrifft nach meiner Überzeugung **längerfristig den gesamten Bereich der Erfassung von Verpackungen bei gewerblichen Anfallstellen**, soweit das Abfallaufkommen dort nach Art und Menge vom Abfallaufkommen privater Haushalte abweicht. **Ziel sollte sein, nur noch**

die für private Haushalte oder vergleichbare Verbraucher bestimmten Verpackungen mit dem ‚Grünen Punkt‘ zu lizenzieren. Hierfür müssen DSD, Industrie und Handel - auf Basis klarer Vorgaben der Politik - unter anderem ein geeignetes Controllingssystem entwickeln.

Auf der anderen Seite sollten sich die **führenden Unternehmen des Handels, der Industrie sowie die Anbieter von Selbstentsorgerlösungen mit seriösem Anspruch rasch auf einen Codex einigen**, der mit den Umwelt- und Wettbewerbsbehörden abzustimmen ist. Tragender Pfeiler muss sein, dass Konzepte von vornherein so auszulegen sind, dass ein Mengenrücklauf vom Verbraucher entsprechend den Vorgaben der Verpackungsverordnung plausibel zu erwarten ist. Die Beimischung von nicht selbst in Verkehr gebrachten Verpackungen oder von Wertstoffen aus branchenfremden Quellen ist nicht anzuerkennen. **Durch eine solche - in die Verpackungsverordnung zu übernehmende - Konzeptvorprüfung könnte ein wesentlicher Teil der Streitfälle von Anfang an verhindert werden.**

Die frühe Trennung der Spreu vom Weizen **erleichtert** auch den **Behörden die Überwachung des Mengenstromnachweises von Selbstentsorgern** und damit die **Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen**. Vor allem aber profitieren die Anbieter von Selbstentsorgerlösungen davon, wenn sie aus der Grauzone der Verpackungsverordnung heraustreten und auf Basis der Codex-Akzeptanz auch zu akzeptierten Partnern der Industrie- und Handelsunternehmen werden.

#### **(4.) Zwangspfand**

Eingangs habe ich dargestellt, wie stark sich die Rahmenbedingungen seit Erlass der Verpackungsverordnung verändert haben. Eines ist jedoch ausweislich unseres Archivs seit 20 Jahren eine **immerwährende Konstante - Funktionäre von Brauereien und Getränkehandel klagen über den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch des Mehrwegsystems**. Schon der Zeitraum fast einer ganzen Generation macht deutlich, was von diesem politischen Dauerpflegefall zu halten ist.

Es ist ein Versagen der Verbandsarbeit und der Selbstreinigungskraft der Wirtschaft, dass es nicht gelungen ist, eine für alle relevanten

Marktteilnehmer akzeptable Perspektive für den deutschen Getränkemarkt zu entwickeln. Und es ist eine Ironie, dass es einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf bedurfte, um daran zu erinnern, dass das **Kreislaufwirtschaftsgesetz den Verordnungsgeber nicht ermächtigt, staatliche Mehrwegförderung aus abfallfernen Motiven zu betreiben.**

Das Düsseldorfer Urteil eröffnet die Chance, ungeachtet des Ausgangs der Bundestagswahl **einen neuen Konsens bei Getränkeverpackungen** zu vereinbaren, durch den das ökologisch und ökonomisch unsinnige Zwangspfand abgewendet wird. Es ist in rechtlicher wie in praktischer Hinsicht undenkbar, dass die Pfandregelung nur außerhalb des bevölkerungsreichsten Bundeslands vollzogen wird. Ebenso ist ausgeschlossen, irreversibel in den Aufbau einer milliardenschweren Infrastruktur zu investieren, solange die fundamentalen Bedenken des Verwaltungsgerichts nicht höchstrichterlich ausgeräumt sind.

Wir **spielen dabei nicht auf Zeit, sondern wollen so zügig wie möglich den Rechtsfrieden wiederherstellen.** Darum werden wir der Politik auf geeignetem Weg signalisieren, dass wir eine endgültige Klärung der Rechtslage anstreben, durch die die derzeit etwa 100 Gerichtsverfahren in Deutschland abgeschlossen werden können. Um dies zu erreichen, halten wir es für sinnvoll, umgehend im Zuge einer Sprungrevision eine **Hauptsacheentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts** herbeizuführen und bis dahin sämtliche unterinstanzlichen Verfahren zum Ruhen zu bringen. Dies betrifft sowohl die Verfahren gegen die Bundesregierung als auch diejenigen gegen die Landesregierungen.

Diesem Richterspruch des Bundesverwaltungsgerichtes werden wir ohne Wenn und Aber folgen, sofern bis dahin keine bessere Lösung für Getränkeverpackungen gefunden ist. Wir erwarten, dass der **Bund bis dahin den Sofortvollzug der Pfandpflicht** aussetzt, zumal ein Vollzug zur Zeit aus den bereits genannten Gründen in der Praxis ohnehin nicht möglich ist.

Auch wenn wir **uneingeschränkt hinter dem Ziel** stehen, **Getränkeverpackungen allen übrigen Verkaufsverpackungen gleichzustellen**, sollten wir uns **keinen Illusionen über die realen politischen Rahmenbedingungen** hingeben. Vielmehr gilt es, aus den weitgehend vorhandenen Bausteinen ein **tragfähiges Kompromisspaket zu schmieden** und

die Verkrampfungen vergangenen Streits hinter uns zu lassen. Von allen Lösungen scheint **eine dynamische Verknüpfung der Quote ökologisch vorteilhafter Getränkeverpackungen und der Verwertungsleistung sonstiger Getränkeverpackungen** zu dem ausgewogensten Ergebnis zu führen. Unter dieser Voraussetzung ist es für uns **kein Tabu, über einen Austausch des allgemein als untauglich erkannten Zwangspfands gegen ein wirksames Lenkungs- und Sanktionsinstrument für den Fall der Zielverfehlung zu sprechen**. Eine solche Regelung hat gegenüber einem Zwangspfand auch den Vorteil, dass eine spätere Anpassung an neuere ökologische, ökonomische und politische Erkenntnisse ohne Entwertung einer gewaltigen Infrastruktur möglich ist. Vor dem Hintergrund des Düsseldorfer Urteils wird zur Schaffung von Rechtssicherheit ohnehin angezeigt sein, **Getränkvorschriften gegebenenfalls künftig in ein eigenes Gesetz zu fassen**, statt die vorrangig verfolgten strukturpolitischen Absichten weiterhin in der Verpackungsverordnung zu tarnen.

Sie erwarten nun zu Recht, dass unser Kreis heute auch den **Fall behandelt**, dass die **Pfandpflicht weder durch Reform der Verordnung noch durch abschließende Gerichtsentscheidung aufgehoben wird**. Zunächst darf ich Ihnen hierzu versichern, dass entgegen der immer wieder verbreiteten Gerüchte weder das von mir vertretene Unternehmen noch irgendein anderes relevantes Handelsunternehmen für dieses Szenario geheime Pläne vorbereitet hat. Dies ist auch gar nicht erforderlich.

Die **wesentlichen Eckpunkte** erschließen sich ohne große Fantasie unmittelbar **aus der Verpackungsverordnung und der Interessenlage der Marktteilnehmer**.

Die Verpackungsverordnung schreibt vor, dass Unternehmen in weiten Grenzen auch die von ihren Wettbewerbern in Verkehr gebrachten Verpackungen zurücknehmen und dafür Pfand erstatten müssen. Deshalb kann es **gegebenenfalls nur ein einheitliches, national tätiges Clearing- und Finanzierungssystem** geben, das Alleingänge praktisch ausschließt, da diese allenthalben zu betriebswirtschaftlich unvernünftigen, auf jeden Fall aber suboptimalen Ergebnissen führen.

Dieses **System** hat eine **strategische Bedeutung** für die Entwicklung des Getränkemarkts. Deshalb kann es sich **nur um eine gemeinsame Einrichtung**

handeln, die von den der Pfandpflicht unterworfenen Getränkeherstellern und Händlern kontrolliert wird. **Wer glaubt, er könne beim Zwangspfand den führenden Abfüllern und Handelshäusern ein auf seine eigenen Geschäftsinteressen zugeschnittenes Modell überstülpen, überschätzt seine Möglichkeiten.** Ökonomisch sinnvoll erscheint ohnehin in jedem Fall, auf die **Erfahrungen und Potentiale schon bestehender Systemstrukturen zurückzugreifen.**

Das System muss zudem Standards vorgeben, die auf der operativen Ebene einen offenen Wettbewerb von Entsorgern und anderen Dienstleistern ermöglichen - und die möglichst nahe an unseren übergeordneten Zielen bei der Umsetzung der Verpackungsverordnung bleiben. **Wettbewerbsrechtliche Grauzonen und Ungewissheiten wie bei der Einrichtung des Dualen Systems dürfen sich nicht wiederholen.** Daher ist gegebenenfalls vorab das **Einverständnis des Bundeskartellamts und / oder der Europäischen Kommission** in bindender Form einzuholen.

Eine weitergehende Konkretisierung ist im gegenwärtigen Stadium weder möglich noch sinnvoll. Unser Kreis der **Getränkehersteller und des Handels wird erforderlichen-falls zügig und einvernehmlich über die Entwicklung eines gemeinsamen Konzeptes befinden.** Jedoch kann kein noch so intelligentes Umsetzungskonzept an der Tatsache vor-beigehen, dass es sich um eine wohl **beispiellose Ver-geudung von Ressourcen und um eine Zumutung für alle Beteiligten** - einschließlich der Verbraucher- handeln würde. Dies wird umso deutlicher, je mehr man sich mit den Details befasst. Wir hoffen unverändert, dass sich diese Probleme auch dem **Verordnungsgeber** noch erschließen und er unter Berücksichtigung der Anregungen aus Handel und Industrie eine ökologisch und wirtschaftlich vertretbare Lösung festlegen wird.

## **(5.) Gesamteuropäische Lösung**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

als die Verpackungsverordnung und das Duale System entstanden, gab es dagegen viele Einwände, berechnete wie unberechnete. Aber es gab zugleich bei **Wirtschaft und Politik den Elan, einen kühnen Wurf zu tun und für ein**

**ganzes Themenfeld Geschichte zu schreiben.** Etwas davon müssen wir zurückgewinnen, um aus den Niederungen unüberwindbar scheinender Detailprobleme herauszufinden.

Dafür sollten wir vor allem **analysieren**, welche **Richtung** das **Verpackungsthema in den uns umgebenden Staaten** genommen hat. Der ursprünglich deutsche ‚Grüne Punkt‘ ist mittlerweile in 10 Nachbarländern heimisch geworden, weitere haben ihr Interesse bekundet. Dies bestätigt zunächst, dass wir grundsätzlich auf dem richtigen Weg sind. **Bei der Übertragung** ist es jedoch - wie auch in der Biologie - **zur Mutation und Evolution des Konzepts** gekommen. Mein Befund ist, dass die Aufwendungen für den ‚Grünen Punkt‘ in keinem dieser Länder so hoch sind wie bei uns - und dass ebenso die politischen Verspannungen und Risiken in keinem dieser Länder so groß sind wie bei uns.

Dies ist kein Urteil über die Umsetzung in Deutschland, denn ich bin mir der Unterschiede hinsichtlich Historie und Rahmenbedingungen sehr genau bewusst. Gleichwohl bin ich fest davon überzeugt, dass unsere **europäischen Kollegen** auf die eine oder andere **Weise Konzeptionierungen** vorgenommen haben, die uns **wertvolle Hinweise für die eigene Entwicklung** geben können. Sich damit vertiefter zu befassen, ist jedenfalls verdienstvoller, als ausgerechnet die wenigen Länder zum Vorbild zu erklären, bei denen es weder einen ‚Grünen Punkt‘ noch eine greifbare Form der Verpackungsverwertung gibt. Dass Nichtstun zumindest kurzfristig auch nichts kostet, ist eine Banalität, die zu verbreiten den daran beteiligten Verbänden und Gutachtenschreibern nicht zur Ehre gereicht.

Jedoch möchte ich bei der **Entwicklung einer europäischen Perspektive einen großen Schritt weitergehen.** Die maßgeblichen Unternehmen der Konsumgüterindustrie und speziell der Ernährungsindustrie sowie die europäischen Handelsunternehmen betrachten die **Euro-Zone längst** als einen in jeder Hinsicht **einheitlichen Wirtschaftsraum.** Die von uns gesteuerten Warenströme werden weitgehend ohne Rücksicht auf die alten nationalen Grenzen disponiert.

Vor diesem Hintergrund ist es **antiquiert**, dass wir **von Land zu Land mit unterschiedlichen Systemköpfen** für Verkaufsverpackungen zu tun haben -

die noch dazu das gleiche Markenzeichen verwenden und überall einen ähnlichen *Gesellschafterkreis* aufweisen.

Deshalb sollten meines Erachtens kurzfristig und irreversibel die **Weichen** gestellt werden, eine **europäische Clearing- und Finanzierungsstelle** für **Verpackungen mit dem ‚Grünen Punkt‘ einzurichten**. Hierüber müssen wir mit unseren maßgeblichen Partnern im Ausland und im Inland sprechen. Die **Zeichennutzungsverträge** - zumindest der transnational tätigen Unternehmen - sollten dann **mittelfristig auf diese Einrichtung übergehen**. Organisatorisch kann auf dem schon bestehenden **Zusammenschluss der Systembetreiber PRO EUROPE** aufgesetzt werden. Selbst wenn sich am Anfang nicht alle maßgeblichen europäischen Systeme und Unternehmen an dem Projekt beteiligen, wird damit ein **Kristallisationskern** für eine Entwicklung entstehen, die uns **von politischen Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene in wichtigen Punkten befreien kann** und einem **einheitlichen europäischen Ordnungsrahmen** weitere **Schubkraft** verleiht.

Ich bin davon überzeugt, dass dies **für Industrie und Handel** die **einzige Alternative** dazu ist, einen schleichenden Niedergang hinzunehmen, bei dem wir Schritt für Schritt unsere *Gestaltungsspielräume* und Ressourcen wieder verlieren. Die Zeichen dafür sind heute unübersehbar. **Jetzt stehen wir vor der Wahl**. Wir können die **Rückkehr kleinstaatlicher Markteingriffe** - Pfänder, Steuern und Verbote - abwarten **oder den Fortgang der Ereignisse und deren Gestaltung in die eigene Hand nehmen**.

Ein neuer Aufbruch erfordert **Visionskraft, Geschlossenheit und Einsatz**. Es wird Anfeindungen und Rückschläge geben, aber **am Ende kann eine ökologisch und ökonomisch tragfähige Lösung für einen großen Wirtschaftsraum** stehen.

Ich lade Sie ein, sich diesem Weg anzuschließen. Lassen Sie uns mit **neuem Engagement** an diese **neuen Ideen** herangehen, um eine **neue Zeit** zu bestehen.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit!

MIT OpenCourseWare  
<https://ocw.mit.edu/>

21G.410 Advanced German: Professional Communication  
Spring 2017

For information about citing these materials or our Terms of Use, visit: <https://ocw.mit.edu/terms>.